

Basel feiert Frauenstimmrecht

Jubiläum Vor 50 Jahren sagte die Basler Männerbevölkerung Ja zur Gleichberechtigung

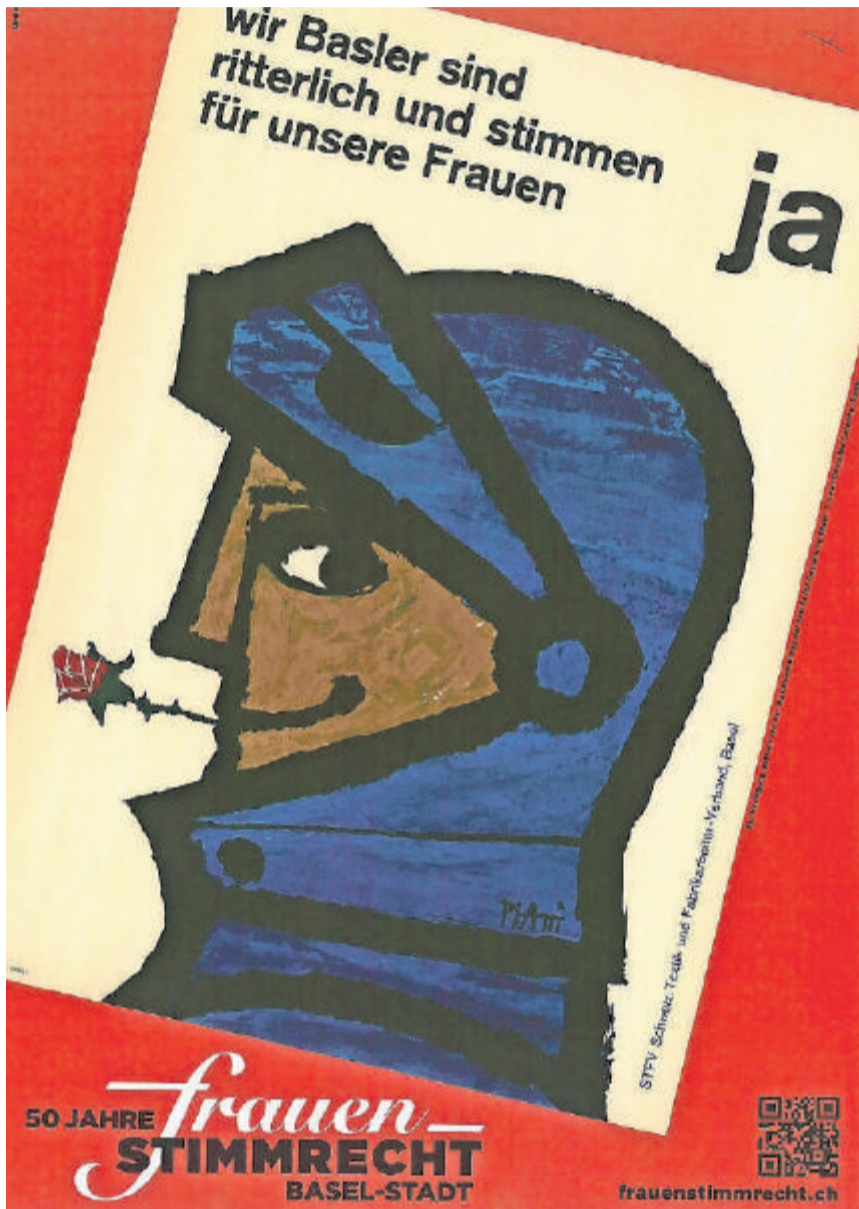
VON TOBIAS MÜLLER

Eigentlich ist es ja ein Freudentag für alle Frauen dieser Welt, in der Schweiz und vor allem im Kanton Basel-Stadt, dieser 8. März 2016. Nicht nur, dass an diesem Datum der Tag der Frau und damit die Gleichberechtigung der Geschlechter gefeiert wird. Nein, dieser 8. März ist auch der Tag des 100-Jahr-Jubiläums des Vereins «frauenrechte beider Basel» (frbb) – und noch wichtiger: Basel-Stadt feiert ab heute und in den kommenden Wochen das 50-jährige Bestehen des kantonalen Frauenstimmrechts. Vor einem halben Jahrhundert war es Basel-Stadt, das als erster Deutschschweizer Kanton das «Ja» für die demokratische Gleichberechtigung von Mann und Frau gab. Zuvor war der Vorschlag viermal an der Urne gescheitert. 1966 aber wurde der Vorschlag von der männlichen Basler Bevölkerung angenommen. Fünf Jahre später wurde dieser Entscheid auch auf eidgenössischer Ebene getroffen.

Provokative Werbung

Sibylle von Heydebrand, Präsidentin des Vereins «1966 - 2016: 50 Jahre Frauenstimmrecht im Kanton Basel-Stadt» ist sich der Brisanz dieses 8. März bewusst. Natürlich ist sie das. Schliesslich ist sie Vorsitzende dieses Vereins, der in den kommenden dreieinhalb Monaten in Basel das Frauenstimmrecht und dessen Bedeutung zelebriert. In über 60 Veranstaltungen, organisiert und gesponsert von rund 30 Institutionen, und einer Tagung an der Universität soll die Thematik der Geschlechterungleichheit beleuchtet werden. Podiumsdiskussionen, Workshops und etliche Vorträge von Expertinnen und Experten werden in den nächsten Wochen angeboten. Es soll sich zeigen, dass dieses Jubiläum tatsächlich gefeiert werden darf. Aber auch, dass es nach wie vor Baustellen in der unterschiedlichen Geschlechterbehandlung gibt.

Den Auftakt zu diesen Veranstaltungen macht heute die Lancierung einer Plakatkampagne (siehe Bild). «Wir haben uns dabei für vier historische Abstimmungsplakate entschieden, die im 20. Jahrhundert für und gegen die Einführung des Frauenstimmrechts aufgehängt wurden. Dahinter steckt die Absicht, einerseits provokativ auf das Jubiläum aufmerksam zu machen. Andererseits soll der Öffentlichkeit gezeigt wer-



Am 26. Juni 1966 zeigten sich die Basler endlich «ritterlich» – wie es Celestino Piatti auf seinem berühmten Abstimmungsplakat gefordert hatte. ZVG

den, dass Frauen vor gar nicht allzu langer Zeit noch keine politischen Mitbestimmungsrechte hatten und somit aus den meisten öffentlichen Bereichen des Lebens ausgeschlossen waren», erklärt Andrea Maihofer, Leiterin des Zentrums für Gender Studies an der Universität Basel. Am 24. Juni soll als Abschluss der Kampagne, zum Jahrestag der Abstimmungs-Annahme des Frauenstimmrechts im Kanton Basel-Stadt, ein Jubiläumsfest in der Basler Markthalle stattfinden. Alle Veranstaltungen sind für interessierte Hörerinnen und Hörer frei zugänglich. Neben

dem geschichtlichen Aspekt der Thematik soll in den Veranstaltungen aber auch die jetzige Situation der Geschlechter gezeigt werden.

Offene Baustellen

Es soll vor allem dargelegt werden, dass es auch heute noch Unterschiede in der Behandlung der Geschlechter gibt. Von «nach wie vor einigen Baustellen» redet der Vorstand des Vereins «1966 - 2016: 50 Jahre Frauenstimmrecht». Und das seien gar nicht so wenige, wie Sibylle von Heydebrand erklärt: «Eigentlich könnten sich Frauen glück-

FRAUENPOLITIK

Elf Jahre reine Frauenpartei

Die Plakate stachen ins Auge: Ein violetter Ankle Boot mit hohem Absatz steht auf einer zerknüllten Basler Fahne. Das war das Erkennungssymbol der ersten, letzten und einzigen Basler Frauenpartei, der Frauenliste Basel (FraB). 1991 nach dem Frauenstreiktag gegründet, zog die Partei bereits im gleichen Jahr in Fraktionsstärke in den Grossen Rat ein. «Die Gründung der Partei wurde auch im Ausland stark wahrgenommen», erzählt ein ehemaliges Mitglied, die heutige GLP-Grossrätin **Martina Bernasconi**. «Als wir dann den Vorstoss lancierten, es müsse eine Männer-Gewaltsteuer geben, wurden wir noch bekannter.» Diese Steuer, die Kosten von Gewaltdelikten dem Verursacherprinzip gemäss den Männern aufbürden wollte, kam nicht durch. Erfolg hatte die FraB dafür mit ihrem Grundanliegen, nämlich die Sicht der Frauen auf alle Politikfelder anzuwenden. Begriffe, die heute jedem geläufig sind, waren damals noch neu. «Als ich einen Anzug zum Thema «Gender» einreichte, wussten die meisten nicht, wovon ich sprach», erinnert sich Bernasconi. Die FraB wirkte nicht lange, bereits 2002 löste sich die Partei auf, ihre Mitglieder gingen vor allem zu Basta und zur SP. «Es war nicht mehr so lustvoll wie am Anfang», begründet Bernasconi den Schritt. Denn auch das habe die FraB ausgezeichnet, Lust an der Politik. (DRE)

lich schätzen. Wir dürfen ja seit 50 Jahren wählen, sind also sozusagen gleichberechtigt. Das heisst aber nicht, dass wir schon alles erreicht haben», sagt sie. «In der Politik sind Frauen nach wie vor untervertreten, in der Arbeitswelt gibt es immer noch diskriminierende Lohnunterschiede. Und auch im Zivilleben gibt es nach wie vor Situationen, in denen Frauen benachteiligt behandelt werden.»

Bereits ab heute werden etliche Plakate in der Basler Innenstadt dafür sorgen, dass die Bevölkerung täglich an diese Ungleichheit erinnert wird.

NACHRICHTEN

ALLSCHWIL

Leiterin des Wahlbüros zieht die Konsequenzen

Jacqueline Misslin, die Präsidentin des Allschwiler Wahlbüros, nimmt per sofort den Hut. Dies hat die bz aus zuverlässiger Quelle erfahren. Damit zieht die Wahlbüro-Präsidentin die Konsequenzen aus dem Chaos bei den Gemeindewahlen vor eineinhalb Wochen. Das Allschwiler Wahlbüro hatte zuerst das absolute Mehr zu hoch berechnet, sodass nach einer ersten Zählung niemand der Kandidierenden gewählt worden wäre. Nach der Korrektur des absoluten Mehrs wurden sechs Kandidierende als gewählt erklärt. Doch auch bei der Nachzählung schlich sich eine Panne ein – Resultate wurden falsch übermittelt. Nach diesem Chaos wurde öffentlich der Rücktritt der Verantwortlichen des Wahlbüros gefordert. Dem ist nun Misslin nachgekommen. (BZ)

BASEL-STADT

Christine Wirz verlässt den Grossen Rat

Die Basler LDP muss sich eine neue Fraktionschefin suchen. Eine ihrer bekanntesten Politikerinnen, Christine Wirz-von Planta, tritt nach insgesamt 26 Jahren im Grossen Rat definitiv aus dem Parlament zurück. Die 71-jährige Politikerin gehörte ausserdem drei Jahre lang dem Nationalrat an. Die LDP schliesst sich damit dem Trend an, im Wahljahr Nachrückenden die Chance zu geben, mit dem Status als Bisherige anzutreten. (BZ)

ARBEITSLOSIGKEIT

Leicht mehr Stellenlose in der Stadt, Land stabil

Die Arbeitslosigkeit hat sich im Februar in den beiden Basel unterschiedlich entwickelt. Während die Arbeitslosenquote in Basel-Stadt um 0,1 Prozentpunkte auf 4,3 Prozent anstieg, verharrte sie in Baselland bei 3,1 Prozent. Landesweit sank sie um 0,1 Punkte auf 3,7 Prozent. Gegenüber dem Vorjahresmonat hat die Quote dagegen sowohl in Basel-Stadt wie auch in Baselland um 0,3 Punkte zugenommen, wie das Staatssekretariat für Wirtschaft am Dienstag mitteilte. Im schweizerischen Durchschnitt betrug die Zunahme nur 0,2 Punkte. Das Angebot an gemeldeten offenen Stellen nahm in beiden Kantonen leicht zu: In Basel-Stadt stieg es von 142 auf 147, im Baselsbiet von 294 auf 303. (SDA)

INSERAT

Ihre Spende gibt wertvolles Wissen weiter.

www.heks.ch
PC 80-1115-1

HEKS EPER

Im Kleinen Grosses bewirken.

Regierung fordert Klarheit

Schwarzarbeitskontrolle
Nun mischt sich der Baselbieter Wirtschaftsminister Thomas Weber in den Konflikt um die ZAK ein.

In die Kontroverse um die Zentrale Arbeitsmarkt-Kontrolle (ZAK) des Kantons Baselland hat sich gestern Dienstag der Baselbieter Volkswirtschaftsminister Thomas Weber eingeschaltet. Er rief die Beteiligten zu einer Klärung der Differenzen und zu einer konstruktiven Lösung auf. Die im Kanton Baselland für die Bekämpfung der Schwarzarbeit zuständige ZAK sorgt in Gewerkschaftskreisen seit Monaten für rote Köpfe.

Die Arbeitnehmerseite wirft der Wirtschaftskammer Baselland als Vertreterin der Arbeitgeberseite bei der Führung der ZAK mangelnde Transparenz

und Unregelmässigkeiten vor. Darum erklärte vergangene Woche der Gewerkschaftsbund Baselland (GBBL) einen Tag vor der Generalversammlung den Rückzug aus der ZAK. Diese sei jedoch operativ gleichwohl handlungsfähig, hielt SVP-Regierungsrat Thomas Weber in einer Mitteilung fest. Laut seinen Angaben finden Kontrollen weiterhin statt. Unklar ist für Weber aber, ob sich der GBBL tatsächlich aus der ZAK zurückgezogen hat, ob dieser Schritt auf vereinsrechtlich konformer Weise erfolgt ist und wie er umgesetzt werden soll. Dies solle nun so schnell wie möglich geklärt werden, fordert Weber.

Kooperation ist zwingend

Gleichzeitig rief der Regierungsrat den GBBL und die Wirtschaftskammer auf, an den gemeinsamen Tisch zurückzukehren. Im direkten Gespräch solle dafür gesorgt werden, dass das «hohe

gesellschaftliche Gut der sozialpartnerschaftlichen Zusammenarbeit» nicht leichtfertig über Bord geworfen werde.

Laut Weber ist die Kooperation der Sozialpartner unumgänglich: Das kantonale Gesetz zur Bekämpfung der Schwarzarbeit gehe grundsätzlich von einer gemeinsamen Kontrollstelle aus. Deshalb müsse die ZAK als offizielles Kontrollorgan gegen Schwarzarbeit im Baugewerbe von den kantonalen Dachverbänden der betroffenen Sozialpartner getragen werden.

An der ZAK-Generalversammlung haben trotz des Rückzugs des GBBL zwei Gewerkschaftsvertreter teilgenommen (bz berichtete). Der eine von ihnen ist alt SP-Landrat Daniel Mürger, der bisherige Vizepräsident der ZAK, der am Freitag wie angekündigt zurückgetreten ist. Er sieht die ZAK durch den Revisionsbericht 2014 vom Vorwurf von Unregelmässigkeiten entlastet. (SDA)

INSERAT

70 000 Betroffene in der Schweiz

Information und Beratung für Menschen mit Epilepsie
www.epi-suisse.ch

Spenden: PC 87-185330-3

epi suisse

Schweizerischer Verein für Epilepsie
Seefeldstrasse 84, 8008 Zürich
T 043 488 68 80, info@epi-suisse.ch

Hier ein topaktueller Link zu Ihrer Region.

www.aargauerzeitung.ch

Von A bis Z informiert. **az**